

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Damen und Herren Stadtverordnete,  
sehr geehrte Damen und Herren,

## **Finanzen**

Lüdinghausen darf sich freuen, fast wie zu Weihnachten.

Es scheint als habe Herr Bürgermeister Borgmann und mit ihm die Koalition für das Jahr 2014 nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt aufgestellt, sondern tatsächlich noch einen Überschuss von gut 2 Millionen Euro erwirtschaftet. Was sich auf den ersten Blick wie ein Weihnachtsmärchen anhört, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung jedoch nur als ein nett verpacktes Wahlgeschenk.

Lassen Sie uns aus der Sagen- und Märchenwelt verschwinden und wenden wir uns doch besser den Realitäten in Lüdinghausen zu. Hinterfragen wir einmal die Herkunft dieses plötzlichen Reichtums:

Ein ganz erheblicher Teil dieses vermeintlichen Reichtums ist dem Umstand zu verdanken, dass die Schlüsselzuweisungen im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Mio. € gestiegen sind.

Damit steigen die Schlüsselzuweisungen im dritten Jahr in Folge an und leisten damit einen erheblichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Es werden für die Stadt auch zukünftig keine Anreize geliefert weiter zu sparen, da die Zuweisungen auch in den Folgejahren bei konstant 4 Mio. € bleiben. Die Steigerung der Investitionspauschale um mehr als 200.000 € in diesem Jahr aus den Mitteln des Landes verstärkt diesen Effekt noch.

Die Kreisumlage, die schon im vergangenen Jahr deutlich gesenkt wurde, um den

Kommunen Schützenhilfe zu leisten, wurde in diesem Jahr nochmals um 155.000 € gesenkt.

Meine Damen und Herrn,

hat man im Kreis plötzlich das Sparen erfunden oder handelt es sich hier nicht eher um Wahlkampfhilfe für die Kommunen?!

Die Stadt hat aber auch einen eigenen, kreativen Beitrag zur Verbesserung der Ertragslage geleistet. Sie hat die Gewinnabführungen des Abwasserwerks von geplanten 200.000 € einfach auf 500.000 € erhöht. Die Stadt hat quasi ihre eigene Gelddruckmaschine angeworfen.

Das,

meine Damen und Herrn,

hat mit seriöser Finanzplanung nichts zu tun, da wird einfach bei den Gebührenzahlern abkassiert. Das ist willkürlich und orientiert sich nur an den Ausgabewünschen der Stadt. Der Gebührenzahler wird weiter geschröpft, die kalkulatorischen Zinsen steigen auf den Höchststand, das Eigenkapital des Abwasserwerks steigt weiter an und die Stadt bedient sich, ohne auch nur einen Cent den Gebührenzahlern zurück zu geben.

Alleine die Verbesserungen auf der Ertragsseite bei den Schlüsselzuweisungen, der Investitionspauschale, der Kreisumlage und der Gewinnabführung des Abwasserwerkes erbringen 1,755 Mio. €. Das ist ein Geldregen, der ohne eigene Sparanstrengungen auf die Stadt niedergeht.

Seit dem Jahr 2013 hat sich allerdings in Lüdinghausen noch eine ganz andere Geldquelle aufgetan. Auf Grund der historisch niedrigen Hypotheken- und Bauzinsen möchte jeder, der es sich nur irgendwie leisten kann, seinen Traum vom eigenen Heim verwirklichen.

Im Jahr 2013 hat die Stadt Lüdinghausen Baugrundstücke im Wert von vier Millionen € verkaufen können. Die Grundstücke im Baugebiet Höckenkamp sind komplett verkauft, im Baugebiet Alter Sportplatz in Seppenrade stehen wir kurz davor. Auch

für dieses Jahr soll die Rekordsumme von vier Mio. € durch Verkaufserlöse erzielt werden. Dieses Rad möchten der Bürgermeister und die Koalition noch gerne eine Weile weiter drehen. Für das Jahr 2015 sind daher Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4 Mio. € für den Kauf von Bauland eingestellt, um die große Nachfrage weiter bedienen zu können. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat in seinem Projektbericht über die finanzwirtschaftliche Situation der Städte und Gemeinden in Nord-Westfalen für Lüdinghausen festgestellt, dass „der Haushaltsausgleich auch durch Grundstücksverkäufe vorangetrieben wurde“.

Baugrundstücke,

meine Damen und Herrn,

lassen sich nur einmal verkaufen. Sollte das Zinspendel in die andere Richtung umschlagen, dann werden nicht nur viele Bauherren in finanzielle Schwierigkeiten kommen, dann wird die Stadt nicht mehr aus der Konsumspirale schmerzlos aussteigen können.

Auf die derzeitige Verkaufssorgie könnte ein plötzlich einsetzender Erlösrückgang erfolgen. Das wird sehr weh tun, wenn dann jährlich 2 bis 3 Mio. € weniger erzielt werden.

Aber wer möchte schon in die Zukunft schauen, wenn die heutige Zeit doch so rosig erscheint. Der Trend der Zeit heißt doch: Kaufen, erschließen und verkaufen!

Dabei kann es auch schon mal passieren, dass die dafür notwendige Infrastruktur wie Kindergärten in den Baugebieten schlichtweg vergessen wird. Die UWG vermisst zudem, dass die Stadt keinerlei Anstrengungen unternimmt, sich neue Einnahmequellen zu erschließen. Hier könnten zum Beispiel Beteiligungen an Windenergie-Gesellschaften neue Finanzperspektiven für die nächsten Jahrzehnte bedeuten. Die dafür notwendige Infrastrukturgesellschaft besitzen wir praktischerweise schon.

Der in der Vergangenheit strukturell unausgeglichene Haushalt gerät damit noch viel

stärker in Abhängigkeit zu den Grundstücksverkäufen und führt zu einer Verschärfung der Schieflage. Wir können nur hoffen, das dem Traum nicht ein böses Erwachen folgt.

Im Vorbericht zum Entwurf wird konstatiert, dass „lineare Einsparungen nach dem Rasenmäherprinzip sicherlich zu kurz greifen, es sind vielmehr konkrete Maßnahmen zur Kostendämpfung zu entwickeln“.

Leider,

meine Damen und Herrn,

kommt der vorliegende Haushalt seiner eigenen Forderung absolut nicht nach. Anstrengungen für eine optimierte Raumnutzung und damit Kostensenkung zum Beispiel mittels eines Kulturraumkonzeptes bleiben für Lüdinghausen ein Fremdwort. Auch das RWI stellt wiederum fest, dass „zukünftige Konsolidierungsbemühungen deshalb primär an der Ausgabenseite ansetzen sollten“.

Tatsächlich orientiert sich dieser Haushalt nur an den positiven Entwicklungen auf der Ertragsseite.

Das RWI beschreibt zwei wesentliche Aspekte des vorliegenden Haushalts, die für die sehr gute Ertragslage verantwortlich sind:

Da sind zum einen die überproportionale Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer und die Anhebung der Realsteuerhebesätze auf ein überdurchschnittliches Niveau.

Meine Damen und Herrn,

wir erinnern uns,

im Jahr 2012 haben wir die Grundsteuer A und B und die Gewerbesteuerhebesätze auf ein Rekordhoch gesetzt. Angesichts des damaligen drohenden Fehlbetrags war diese Entscheidung notwendig. Allerdings erreichen wir mit den Einnahmen aus der Gewerbesteuer im letzten und in diesem Jahr und auch prognostiziert im nächsten Jahr Rekordeinnahmen. Das RWI wiederum stellt kurz und knapp fest: „Die Realsteuerhebesätze sind mittlerweile Spitzensätze. Der Gewerbesteuerhebesatz von

2013 ist der zweithöchste, der der Grundsteuer B, der dritthöchste in der Vergleichsgruppe“. Die UWG ist der Überzeugung, dass diese Entwicklung genug Potenzial bietet, um den Gewerbesteuerhebesatz auf 440% zu senken. Aber auch in diesem Punkt zeigt sich die Koalition und der Bürgermeister kraftlos, um über diesen Punkt konkret zu verhandeln. Denn eine Senkung würde unweigerlich den Mut zur Kürzungen auf der Aufgabenseite verlangen, und diesen Mut bringen weder die Koalition noch der Bürgermeister auf.

Der vorliegende Haushalt bewegt sich somit visions- und ideenlos, lediglich im Rahmen des Möglichen. Er bleibt die Antwort zu der Kernfrage nach dem Abbau des strukturellen Defizits schuldig.

## **Hotel in der Borg**

Meine Damen und Herrn,

wie Sie alle wissen war die UWG Fraktion bis zu Letzt ein Befürworter der Ansiedlung eines Hotels in der Borg. Wir waren von dem Konzept überzeugt und hatten dies in den Beratungen auch unterstützt.

In einer wahren Nacht- und Nebelaktion hat ihre Koalition, Herr Borgmann, die Vertragsgrundlagen zu Gunsten des Investors verändert. Ihre Koalition, Herr Borgmann, hat demokratische Selbstverständlichkeiten einfach über Bord geworfen, nur um in einer Hauruck-Aktion das Geschäft zum Vorteil des Investors abschließen zu können.

Dass der Bürgermeister nicht mal ansatzweise für faire Verhältnisse in der Beratung gesorgt hat, dass die berechtigten Bedenken und vorgetragenen Kritikpunkte einfach beiseite geschoben wurden, war sehr enttäuschend. Der Bürgermeister hat sich da von seiner eigenen Fraktion vorführen lassen. Ein gewisses Maß an Überparteilichkeit hätten wir schon von Ihnen erwartet, Herr Borgmann. Diese Sitzung war keine Sternstunde des Stadtrates von Lüdinghausen und zeigt deutlich was der Grundpfeiler dieser Koalition ist:

Das Absprachen hinter verschlossenen Türen und außerhalb der Gremien der Stadt wichtiger sind, als eine ordentliche, transparente Beratung, in der alle Fraktionen über den gleichen Informationsstand verfügen. Es wurde noch nicht einmal der Versuch gemacht dieser Abstimmungsfarce einen demokratischen Anstrich zu geben.

Das Sie alle,

meine Damen und Herrn,

in dieser für die Stadt so wichtigen Entscheidung mit aller Macht nur ihren eigenen Standpunkt durchgepeitscht haben, zeigt deutlich was Sie von diesem Rat halten.

Zum Zwecke des Machterhalts wird rücksichtslos die eigene Macht arrogant ausgespielt. Dann regt sich diese Koalition auch noch auf, wenn man dieses Verhalten scharf kritisiert, so wie jetzt. Aber Offenheit und Transparenz bei politischen Entscheidungen ist kein Wesensmerkmal dieser Koalition, lieber hinter verschlossenen Türen kungeln und dann noch ganz erbost sein, wenn die Opposition bei derartigen Machenschaften nicht Beifall klatschen will.

Von den Vertretern der Koalition haben wir nichts anderes erwartet, aber ein gewisses Maß an Fairness hätte dem Ansehen des Bürgermeisters nicht geschadet.

## **Bildung**

Meine Damen und Herrn,

der Einstieg in ein lebenslanges, gemeinsames Lernen beginnt in den Kindergärten und wir waren in den vergangenen Jahren zu sehr auf den geförderten Ausbau von U3 Plätzen fokussiert.

Die Stadt Lüdinghausen muss den Eltern das Vertrauen geben, dass nicht nur ihre U3 Kinder einen Platz bekommen, sondern die gleiche Planungssicherheit müssen wir allen Eltern mit Ü3 Kindern geben. Wenn wir dieses Vertrauen zurück gewinnen, dann haben wir die Chance, dass die Eltern ihre Kinder nicht mit knapp unter einem Jahr anmelden müssen, damit sie mit drei Jahren in einem Kindergarten versorgt sind.

Hier geht es um Vertrauen in städtische Bildungseinrichtungen, dass wir nicht leichtfertig verspielen dürfen. Dazu gehört auch, dass in zukünftigen Baugebieten nicht nur ein KIGA geplant wird, sondern tatsächlich gebaut wird, wenn der Bedarf absehbar ist. Auch hier geht es um Vertrauen darauf, dass die Stadt zu ihrem Wort steht. Die drei Ergänzungsgruppen und die beiden provisorischen Kindergärten sind zum 01. August 2016 aufzulösen und die beiden neuen Vier-Gruppen Kindergärten im Höckenkamp und Alter Sportplatz sind zeitgleich zu eröffnen. Dies ist ein wichtiges Versprechen und das muss die Stadt einhalten, wenn sie nicht weiter Vertrauen verspielen will. Es geht hier um Zuverlässigkeit und um die Vereinbarkeit Familie und Beruf. Wir müssen den Familien gerade zu Beginn der Elternphase Sicherheit in ihrer Planung von Betreuungsangeboten geben. Das ist ein wichtiger Grund bei der Entscheidung sein Leben hier in Lüdinghausen zu führen. Die UWG wird daher auch das notwendige finanzielle Engagement der Stadt zum Kindergartenausbau unterstützen. Darüberhinaus unterstützt die UWG die Angebote zur Einrichtung von Schülerhaushalten und ganz besonders unterstützen wir die ambitionierte Umsetzung des Medienentwicklungsplans mit jährlich 137.000€ bis 2018. Das sind beide ganz wichtige Signale dafür, dass Eltern und Schüler darauf vertrauen können, dass uns Lüdinghausen als Bildungsstandort am Herzen liegt. Ein weiteres wichtiges Signal wäre es, wenn die Stadt endlich den Bau der Leistungssporthalle begraben würde, und sich stattdessen dem Ausbau von notwendigen Sporthallen am zukünftigen Schulzentrum Tüllinghofer Straße widmen würde. Die alte Sporthalle an der Tüllinghofer Straße ist ein Schandfleck und gehört abgerissen. Ein Neubau würde das Schulzentrum aufwerten und wir würden deutlich zeigen, dass Schul- und Breitensport wichtige Bausteine in unserem Bildungsangebot sind. Die Verwaltung sollte sich mehr um die Weiterentwicklung des Sporthallenkonzeptes kümmern, als mehrmals im Jahr Wasserstandsmeldungen aus dem Schulministerium zum Thema Leistungssporthalle zu verkünden.

Sie alle,

meine Damen und Herrn,

wissen, dass eine Leistungssporthalle unseren Fehlbedarf an Sporthallen nur verschärfen wird. Haben Sie dann auch anschließend den Mut alte Sporthallen zu schließen und zusätzliche Hallen zu bauen?? Der Bürgermeister verweist an dieser Stelle gerne darauf, dass der Rat entscheidet. Wir hätten an dieser Stelle eine klare Aussage vom Bürgermeister. Für die UWG steht fest, dass uns Schul- und Breitensport wichtiger sind als eine Leistungssporthalle. Wir hoffen, dass sich diese Erkenntnis auch im Schulministerium durchsetzen wird. Wir haben genug Zeit verloren, wir sollten endlich unsere Hausaufgaben hier in Lüdinghausen machen und das Konzept umsetzen.

## **Schulentwicklung**

Meine Damen und Herrn,

den Verfechtern der Sekundarschullösung kommt es sehr gelegen, dass Gemeinden wie Olfen und Nordkirchen die Schulentwicklung in Lüdinghausen entscheidend beeinflussen können. Unter anderem mit Hinweis auf die Notwendigkeit eines regionalen Konsens wurde im Schulworkshop die Empfehlung für eine Sekundarschule geboren und diese wird nunmehr umgesetzt.

Vielleicht wäre es wert gewesen, schon jetzt genau diesen regionalen Konsens zu prüfen, ob nicht die Auskömmlichkeit mit eigenen Schülern die Errichtung **und** den Fortbestand einer Schulform sicherstellen muss. Weiterhin werden auch zukünftig eine große Zahl von Lüdinghauser Schülern sich als Bildungstouristen nach Olfen und Nordkirchen auf den Weg machen müssen. Die Sekundarschule wird nicht eine Schule für alle sein, weil nicht alle Schülerinnen und Schüler alle Bildungsabschlüsse erwerben können. Die 212 Lüdinghauser Schülerinnen und Schüler, die zur Zeit die Gesamtschulen in Olfen und Nordkirchen besuchen, werden auch zukünftig nicht die Sekundarschule in Lüdinghausen besuchen.

Somit werden weiterhin jedes Jahr 24 Schüler, also fast eine Klassenstärke, den Lüdinghauser Schulen verloren gehen. Das erscheint auf den ersten Blick wenig, aber bei der weiteren demografischen Entwicklung der Schülerzahlen werden wir diese jungen Menschen bald schmerzlich vermissen. Vor diesem Hintergrund sind wir überzeugt, dass der neue Stadtrat schon am Ende der nächsten Wahlperiode eine grundlegend andere Weichenstellung vornehmen muss. Die Sekundarschule verhindert nur, dass wir uns frühzeitig mit sinkenden Schülerzahlen an den beiden Gymnasien befassen müssen. Das Antonius Gymnasium wird bis zum Jahr 2021 um 179 Schüler schrumpfen, das Canisianum wird im gleichen Zeitraum 157 Schüler verlieren. Bei vorausschauender Planung müssten wir jetzt nicht nur nach einer Lösung für die auslaufende Hauptschule suchen, sondern wir müssten den Blick auch in die Zukunft richten und eine Lösung für unsere beiden Gymnasien mit einrechnen. Jetzt könnten wir die Weichen für unsere Gymnasien stellen, aber davor weicht der Bürgermeister und die Koalition aus. So war es auch folgerichtig, dass die Arbeit der Zukunftswerkstätten gar nicht erst in die Zukunft gerichtet war, sondern auf das Hier und Jetzt beschränkt wurde. Die Sekundarschule wird nicht das letzte Wort in der Entwicklung unserer Schullandschaft bleiben. Die Errichtung einer Sekundarschule heute, wird morgen in einer Gesamtschule enden, ob Sie wollen oder nicht, meine Damen und Herrn!

## **Hallenbad**

Sehr geehrte Damen und Herrn,  
unser Hallenbad macht seit den vergangenen Jahren eine unglaubliche Wandlung durch. Im Jahr 2011 habe ich an dieser Stelle das Hallenbad als ein Schiff mit unbekanntem Kurs bezeichnet. Im letzten Jahr ist es auf ein Riff gefahren und so muss ich, um in gleicher Diktion zu bleiben, das Hallenbad heute als Fliegender Holländer bezeichnen. Es taucht dann und wann aus dem Nebel der Ungewissheit auf und verschwindet, sobald man sich damit befassen will. Dank der Ausschreibung der Leistungsphasen 1 und 2 ist es von der politischen Agenda für dieses Jahr

verschwunden und wird wohl erst gegen Ende des Jahres, nach vorliegen der Ergebnisse, auftauchen. Das Land NRW unterstützt diese Nebelfahrt noch tatkräftig, denn mit dem 1. NKF Weiterentwicklungsgesetz dürfen jetzt investive Auszahlungen nicht mehr auf der Ausgabenseite verbucht werden. Was von der Landesregierung als Taschenspielertrick für bankrotte Ruhrgebietskommunen gedacht war, kommt auch Lüdinghausen zu Gute. Allerdings, und da müssen wir Herrn Bürgermeister Borgmann in Schutz nehmen, hält sich die Freude darüber auf städtischer Seite in Grenzen. Tatsächlich wird durch den Zuschuss zum Hallenbad das Vermögen der Stadt reduziert und mindert jährlich die Allgemeine Rücklage. Auch der Bürgermeister möchte am liebsten das Hallenbad im Nebel verschwinden lassen. In der Niederschrift des HFA aus dem Sommer 2013 war zu erkennen, dass die Worte „Abriss“ und „Neubau“ auf keinen Fall auftauchen sollten. Dank der Beigeordneten wissen wir, wer für diese Wortklauberei verantwortlich ist.

Sie dürfen sich sicher sein,

meine Damen und Herrn,

dass die UWG dieses Thema im Jahr 2014 weiter vorantreiben wird. Dank unserer Initiative befassen sich auch die anderen Fraktionen mit der Abrissoption. Damit schaffen wir uns neue Perspektiven, um das Dilemma mit dem Hallenbad endlich zu lösen. Dank der vorausschauenden Planung der Verwaltung wird die UWG sicherlich auch bei der nächsten Haushaltsrede zu diesem Thema Stellung beziehen dürfen und ich bin mir sicher, dass wir auch im Herbst 2015, pünktlich zu den Bürgermeisterwahlen, neue Erkenntnisse diskutieren werden. Die UWG sieht sich verantwortlich bei diesem Thema Offenheit und Transparenz herzustellen, viel zu viel wurde auch hier bislang unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgehandelt.

## **Fazit**

Meine Damen und Herrn,

das Votum der UWG zum vorliegenden Haushalte basiert nicht nur auf der Bewertung der haushälterischen Finanzsituation. Diese Sichtweise wäre angesichts der Kommunalwahl doch zu kurz gegriffen. Die UWG blickt auf die Politik der

vergangenen fünf Jahre dieser Koalition und ihres Bürgermeisters zurück, damit steht es stellvertretend für die ablaufende Wahlzeit. Es ist auch ein Votum über den Politikstil der schwarz-gelben Koalition und damit auch schicksalhaft verbunden über den Politikstil des Bürgermeisters. In diesem Zeitraum hat die UWG an unzähligen Interfraktionellen Besprechungen teilgenommen. Nicht immer sollten die Fraktionen über eine besonders wichtige oder eilige Angelegenheit informiert werden. Vielmehr wurden diese Besprechungen genutzt, um die Oppositionsfraktionen auf einen gemeinsamen Kurs zu bringen, sollten Fraktionsentscheidungen ganz gezielt in eine Richtung beeinflusst werden. Oft hat der Bürgermeister den Teilnehmern noch eine Schweigeverpflichtung auferlegt. Damit wurde eine öffentliche Diskussion erschwert oder in großen Teilen verhindert. Wir haben dies nicht zum ersten mal in einer Haushaltsrede kritisiert. Wir werden uns weiterhin gegen diese Hinterzimmerpolitik zur Wehr setzen. Politische Debatten gehören in die Ausschüsse und in den Rat und nicht in das Besprechungszimmer des Bürgermeisters.

Diese Koalition scheut öffentliche Diskussionen, wie beim Hotel in der Borg oder sie will mit ihrer Mehrheit Entscheidungen durchdrücken, wie es bei der ersten Abstimmung über die Schulentwicklung im Sommer 2012 der Fall war.

Ein aktuelles Beispiel für diese Art der Geheimniskrämerei ist der Kreisel an der Olfener Straße. Nach einigen Vorberatungen im Ausschuss haben beide Koalitionsfraktionen in Presseerklärungen in den WN die Absicht signalisiert, den Kreisverkehr nicht bauen zu wollen. Umso erstaunter waren alle Anwesenden in der letzten Sitzung des BVBU als mit der gleichen Vehemenz genau dieser Kreisel verteidigt wurde. Es geht vermutlich bei diesem Kreisel gar nicht um den Verkehr auf der B 235. Es geht auch nicht um die ansässigen Unternehmer in den beiden Gewerbegebieten Wieschebrink und Tetekum. Vielmehr muss dieser Kreisel im Zusammenhang mit dem Ausbau des Gewerbegebietes Tetekum-Süd gesehen werden. Für 500.000€ wollen wir die Erschließung dort vorantreiben. Ein großes Areal soll dort an einen Interessenten gehen und vielleicht wurde damit auch eine verkehrsgünstige Anbindung an die B 235 in Aussicht gestellt. Dies würde auch die volle Unterstützung der UWG finden, aber wir werden dass nicht erfahren, weil der

Bürgermeister jede erklärende Auskunft dazu verweigert.

Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, dass die Beweggründe für politische Entscheidungen transparent in den zuständigen Gremien der Stadt diskutiert werden und nicht hinter verschlossenen Türen vorab entschieden werden. Dabei ist es unerheblich, ob diese Absprachen allein durch die Koalition vorgenommen werden oder in Interfraktionellen Besprechungen.

Wir hoffen, dass sich nach der Wahl andere Konstellationen ergeben, die einen anderen Politikstil in unserer Stadt herbeiführen und Korrekturen des vorliegenden Haushaltes in folgenden Punkten ermöglichen:

- Verwendung von Grundstückverkaufserlösen zum Schuldenabbau
- Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes
- Erschließung neuer Einnahmequelle durch Beteiligungen z.B. an Windkraftanlagen
- aktives Anwerben junger Paare und Familien durch neue Baulandpreisstaffelungen.

Die UWG lehnt deshalb diesen visionslosen Haushalt ab.

Markus Kehl

UWG Fraktion

Lüdinghausen, den 25.02.2014